

Pressemitteilung

VolkswagenStiftung

Dr. Christian Jung

05.06.2001

<http://idw-online.de/de/news35222>

Forschungsergebnisse, Forschungsprojekte
Geschichte / Archäologie, Gesellschaft, Medien- und Kommunikationswissenschaften, Politik, Recht
überregional

Schicksale niedersächsischer NS-Opfer durch neu erschlossenes Archivmaterial jetzt besser bekannt

VolkswagenStiftung unterstützte drei Jahre lang die Aufarbeitung der "Wiedergutmachungsakten" mit rund 330.000 Mark (170.000 Euro). Pressekonferenz am Mittwoch, dem 6. Juni, um 11.30 Uhr im Niedersächsischen Hauptstaatsarchiv

Der gerade zu Ende gegangene Streit um die Entschädigungszahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter zeigt, wie aktuell das Thema Wiedergutmachung auch 55 Jahre nach dem Untergang der nationalsozialistischen Diktatur immer noch ist. Wenngleich der Alltag der Menschen im Dritten Reich, die Machtstrukturen des Regimes und dessen Herrschaftsmechanismen inzwischen recht gut erforscht sind, gibt es nach wie vor Untersuchungsgebiete, über die wenig bekannt ist. Das liegt oftmals daran, dass zahlreiche einschlägige Unterlagen der Forschung bislang nicht oder nur eingeschränkt zur Verfügung standen.

Zu den wichtigsten und aufschlussreichsten solcher Quellen zählen zweifellos die nach 1945 entstandenen Wiedergutmachungsakten, deren Zahl sich allein in Niedersachsen auf über 110.000 beläuft. Diese Einzelfallakten im Kontext der Bundesentschädigungsgesetze von 1953 und 1956 belegen äußerst umfangreich und detailliert die Schicksale der in der NS-Zeit verfolgten Menschen und geben Aufschluss über den Umgang mit den Opfern jener Diktatur in der Bundesrepublik Deutschland. Jede einzelne von ihnen enthält in unterschiedlicher Dichte und Intensität Nachrichten zum individuellen Lebensweg eines Menschen, der etwa als politischer Gegner, infolge des NS-Rassenwahns oder aus sonstigem Anlass in die Verfolgungsmaschinerie des Regimes geriet.

Aber nicht nur darüber geben diese Akten Auskunft. Sie machen mit oft erschreckender Klarheit deutlich, wie wenig die deutsche Nachkriegsgesellschaft bereit war, sich ihrer NS-Vergangenheit zu stellen. Insbesondere Verwaltung und Justiz taten sich schwer, Entschädigungsanträge zügig zu bearbeiten und die darin geltend gemachten Umstände angemessen zu bewerten. Nur allzu oft führte dies bei den Opfern zu neuen schweren Kränkungen und Traumatisierungen.

Von der VolkswagenStiftung im Rahmen ihrer inzwischen abgeschlossenen Initiative "Archive als Fundus der Forschung" mit rund 330.000 Mark gefördert, konnten in den vergangenen drei Jahren wesentliche Teile dieser Akten bis in die Details hinein erschlossen und damit in geeigneter Weise für die Forschung aufbereitet werden. Dabei entstand unter Berücksichtigung der Datenschutzvorschriften auch eine Datenbank, in der gezielt das Schicksal von Verfolgten recherchiert werden kann.

Vorhaben und Ergebnisse werden vorgestellt im Rahmen eines Pressegesprächs am Mittwoch, den 6. Juni 2001 um 11.30 Uhr im Niedersächsischen Hauptstaatsarchiv, Am Archiv 1, 30169 Hannover.

Neben den Projektverantwortlichen stehen Ihnen dort der Leiter der Niedersächsischen Staatskanzlei, Staatssekretär Peter Jürgen Schneider, und der Generalsekretär der VolkswagenStiftung, Dr. Wilhelm Krull, für ein Gespräch zur

Verfügung. Dr. Anikó Szabó, die Projektbearbeiterin, stellt die Datenbank vor und skizziert auch die Chancen, die sich für künftige Forschungsfragen auf Grund dieses Instrumentariums ergeben.

Pressekonferenz am 6. Juni, 11.30 Uhr, Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv, Am Archiv 1, 30169 Hannover

Kontakt: VolkswagenStiftung, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Christian Jung, Tel.: 0511 - 8381- 380, e-mail: jung@volkswagenstiftung.de

Kontakt Förderinitiative: VolkswagenStiftung, Dr. Vera Szöllösi-Brenig, Tel.: 0511 - 8381 - 218, e-mail: szoelloesi@volkswagenstiftung.de